

Gabriele Krone-Schmalz

Russland verstehen?

Der Kampf um die Ukraine und die Arroganz des Westens



WESTEND

SPIEGEL
Bestseller-
Autorin

Erweiterte
Neuausgabe
2023

W E S T E N D

GABRIELE KRONE-SCHMALZ

Russland verstehen?

Der Kampf um die Ukraine
und die Arroganz des Westens

W E S T E N D

Mehr über unsere Autoren und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



1. Auflage 2023

ISBN: 978-3-86489-334-6

© Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2023

Karte auf S. 119 © Redaktion der Ukraine-Analysen (www.laender-analysen.de)
nach einer Vorlage von <http://english.freemap.jp/blankmap/>

Umschlaggestaltung: Westend Verlag, Frankfurt am Main

Druck und Bindung: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, Regensburg

Printed in Germany

Inhalt

Russland verstehen? – 2023	7
Vorwort	45
Kapitel I	
Der Auftakt oder: Wie alles anfing	53
Kapitel II	
Mit zweierlei Maß – eine unendliche Geschichte	75
Kapitel III	
Enttäuschte Hoffnungen – verpasste Chancen	95
Kapitel IV	
Die Idee vom Frieden	129
Kapitel V	
Die Ukraine, Russland und der Westen	155
Kapitel VI	
Der Kampf um die Ostukraine	175
Ausblick	201
Anhang	
Wie es auch hätte laufen können – ein Sendekonzept aus den neunziger Jahren	209

Man darf mit Erlaubnis der Oberen zwar dumm,

aber nicht ohne sie klug sein

Jean Paul (1763-1825), Publizist und Pädagoge

Russland verstehen? – 2023

Das vorliegende Buch ist 2014 entstanden und erstmals 2015 erschienen, unmittelbar nach den blutigen Ereignissen in der Ukraine. Am Text des Buches habe ich keine Zeile verändert. Ich denke, es ist authentischer, wenn ich alles so lasse, wie ich es damals geschrieben habe.

»Wie wahrscheinlich ist es, dass Putin einen Eroberungsfeldzug durch die Ukraine antritt? Zynisch formuliert: Da ist es doch sehr viel billiger eine Brücke zwischen russischem Festland und der Krim zu bauen. Die Planungen haben bereits begonnen und 2018 soll sie fertig sein.« Diese Sätze stehen auf Seite 198 und zeigen, dass ich zum damaligen Zeitpunkt nicht mit einem russischen Angriff auf die Ukraine gerechnet habe. Mehr noch, bis zum Einmarsch der russischen Truppen am 24. Februar 2022 schien mir diese Option irreal zu sein. Ja, ich habe mich mit meiner Einschätzung geirrt, dass Russland niemals die Ukraine angreifen würde, und dass der Aufbau dieser gigantischen militärischen Drohkulisse an Russlands Westgrenzen Ende 2021, Anfang 2022 lediglich dem Zweck diente, ernst zu nehmende Verhandlungen über russische Sicherheitsinteressen mit dem politischen Westen zu erzwingen. Aber die

in diesem Buch aufgeführten Chronologien werden durch nachfolgende Ereignisse nicht wertlos. Im Gegenteil, sie dienen der Erklärung – nicht der Rechtfertigung – dessen, was nach Ersterscheinen passiert ist.

Nun ist der Krieg, den Russland ausgelöst hat, da. Ich verurteile diesen Krieg. Für mich ist Krieg grundsätzlich keine Lösung in unserer sogenannten zivilisierten Welt, und ich habe auch für diesen Krieg keinerlei Verständnis. Ich bin allerdings der Überzeugung, dass es im Sinne einer friedlichen Zukunft eher kontraproduktiv wäre, die Vorgeschichte auszublenden. Ich mache aus meinen Gefühlen nach dem russischen Überfall keinen Hehl: entsetzt, fassungslos, wütend. Ich verstehe, dass es einen Unterschied macht – nicht nur für Politiker, auch für Journalisten – ob man von Leid und Zerstörung nur hört, liest oder Videos sieht oder ob man mittendrin steht, die Verzweiflung spürt, Verbranntes oder Verwestes riecht, alles dreidimensional wahrnimmt und Gefühle entwickelt, die sich kaum gegen Rachegedanken wehren können, weil das alles so unerträglich ist. Das ist zutiefst menschlich und es wäre eine Katastrophe, wenn es anders wäre. Dennoch erwarte ich von Politik und Medien, dass sie sich von diesen Gefühlen nicht überwältigen lassen und der Versuchung widerstehen, politische Analyse durch Moral ersetzen zu wollen.

Es lässt sich trefflich darüber streiten, ob es *gerechte Kriege* gibt, mit ernst zu nehmenden Argumenten auf beiden Seiten. Ich gehöre zu denjenigen, die auch sogenannte gerechte Kriege ablehnen, weil ich sie letztlich für eine Schimäre halte, die nur dazu dient, die eigene Hilflosigkeit zu beruhigen, in die die Menschheit immer wieder

kommen wird. Auch ein *gerechter Krieg* bringt den Menschen, um die es geht, im Zweifel keine Erlösung. Wäre es nicht besser, alles zu tun, damit es gar nicht erst zu Kriegen kommt?

Ich werde mich in meiner Arbeit auch weiterhin darauf konzentrieren, Russland zu verstehen, nicht um mich auf eine Seite zu stellen, sondern um dazu beizutragen, belastbare Grundlagen zu liefern, auf denen über tragfähige Lösungen debattiert werden kann.

Vorgeschichte und Interessen

Zur Vorgeschichte muss man den Fokus auch mal auf Informationen legen, die bei uns eher weniger verbreitet werden, und wenn sie denn doch mal auftauchen, von vornherein als russische Propaganda identifiziert werden. Um auch hier gleich möglichen Missverständnissen vorzubeugen: Natürlich gibt es russische Propaganda. Wie naiv wäre es, das nicht zu sehen! Aber nicht jeder russische Blickwinkel ist Propaganda. Wer das behauptet, ist vielleicht nur zu bequem, sich inhaltlich auseinanderzusetzen. Und was man auf keinen Fall vergessen darf: In Kriegszeiten hat Propaganda seit jeher auf allen Seiten Hochkonjunktur. Das ist Teil der Kriegsführung.

In den östlichen Gebieten der Ukraine herrscht seit mehr als acht Jahren Krieg. 2014 hatten sich die Verwaltungsbezirke Donezk und Luhansk im Donbas für unabhängig erklärt, weil sie den Umsturz in Kiew nicht mitmachen wollten, der für sie nichts Gutes verhieß. Näheres

dazu im vorliegenden Buch. Dass Russland diesen Vorgang später für seine Zwecke instrumentalisiert hat, will ich gar nicht bestreiten, aber der Ausgangspunkt war ein inner-ukrainischer. Jedenfalls versucht die ukrainische Regierung seitdem, diese Gebiete mit militärischer Gewalt zurückzuerobern. Ukrainische Streitkräfte und Milizen, die der russischen Wagner-Truppe in puncto Brutalität in nichts nachstehen, führen seit über acht Jahren Krieg dort. Kiew nennt das allerdings auch nicht Krieg, sondern »Anti-Terror-Operation«.

Als Anmerkung: Für Anti-Terror-Operationen (ATO) war in der Ukraine der Geheimdienst SBU zuständig. Seit dem 30.4.2018 heißt ATO nun ОООС **Операция объединённых сил**, also Operation der vereinigten Kräfte, und die Zuständigkeit wechselte vom Geheimdienst (SBU) zum Operativstab der ukrainischen Streitkräfte, also vom Sicherheitsdienst zum Militär, das auch den Kriegszustand in bestimmten Regionen erklären durfte und dann teilweise auch erklärte.

Aber diese semantischen Feinheiten sind längst bei uns in Deutschland angekommen, wenn Bundeskanzler Scholz in der Sendung von Sandra Maischberger vom »Afghanistan-Engagement der USA« spricht und natürlich den Krieg meint. »Engagement« hört sich ja noch besser an als »Spezialoperation«.

Im Osten der Ukraine tobt also seit 2014 ein Krieg mit all dem Elend, das wir jetzt in anderen Teilen der Ukraine gezeigt bekommen. Zerstörte Wohnhäuser, kaputte Infrastruktur, kein Wasser, keine Heizung, tote und verletzte Menschen, weinende Kinder. Krieg eben. In Donezk gibt

es seit dem 1. Juni 2017 ein Denkmal für Kinder, die Opfer von Bombardements geworden sind, auf dem fast 200 Namen stehen.

Dieser Kampf im Osten der Ukraine hat nach unterschiedlichen Angaben zwischen 10 000 und 14 000 Zivilisten das Leben gekostet. Reportagen aus der Ostukraine fanden im Wesentlichen auf der westlichen Seite der Front statt, die den euphemistischen Namen »Kontaktlinie« trug, und nicht in den sogenannten Separatistengebieten auf der östlichen Seite. Das heißt, es kamen eben auch nur die Menschen zu Wort, die auf der westlichen, also der von Kiew kontrollierten Seite lebten. Angemessen und fair wäre es gewesen, sich auf beiden Seiten zu bewegen und die hier und dort Lebenden zu befragen.

Beobachter der OECD haben nahezu täglich Artillerie-detonationen registriert, unmittelbar vor dem russischen Angriff Hunderte Explosionen pro Tag.

Die Verträge Minsk I und II bekommen im Lichte der aktuellen Ereignisse eine besondere Bedeutung. Die Verdienste von Minsk I (September 2014) und Minsk II (Februar 2015) liegen darin, dass damals weitere militärische Auseinandersetzungen um die Ukraine verhindert werden konnten und dass – jedenfalls theoretisch – eine Perspektive geschaffen wurde für eine friedliche Koexistenz zwischen Kiew und den eher nach Russland tendierenden östlichen Teilen der Ukraine. So war eine lokale Selbstverwaltung im Donezker und Luhansker Gebiet vorgesehen und Kiew sollte innerhalb von dreißig Tagen nach der Unterzeichnung darüber im Parlament einen Beschluss herbeiführen. Das wäre also im März 2015 fällig gewesen. Ein weiterer Punkt legte fest, dass sämtliche sozialen und wirtschaft-

lichen Beziehungen zwischen diesen Regionen und Kiew wiederhergestellt werden sollten. Dazu muss man wissen, dass zum Beispiel Rentenzahlungen eingestellt worden waren und es keinen Bankverkehr mehr gab. Kiew sollte im gesamten Konfliktgebiet die vollständige Kontrolle über die Staatsgrenze wiederbekommen, allerdings sollte bis dahin die Verfassung reformiert und bis Ende 2015 in Kraft gesetzt worden sein.

Nichts davon ist passiert und beide Seiten machten die jeweils andere Seite dafür verantwortlich. Russland wurde mit Sanktionen belegt, die Ukraine nicht. Im November 2022 erklärt Angela Merkel, die zu diesem Zeitpunkt seit etwa einem Jahr keine Bundeskanzlerin mehr ist, dass die Minsker Abkommen ein Versuch gewesen seien, der Ukraine Zeit zu geben. Die Ukraine stand damals militärisch sehr schlecht da und hätte gegen Russland keine Chance gehabt. Minsk II wurde am 17. Februar 2015 ein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag durch die Verabschiedung der Resolution 2202 (2015) im UN-Sicherheitsrat. Man hätte also annehmen können, dass dieser Vertrag von allen Beteiligten ernst genommen wird. Wenn sich im Nachhinein herausstellt, dass Minsk II lediglich eine taktische Variante war, um die Ukraine wehrhafter machen zu können und auf westlicher und ukrainischer Seite niemand die Absicht hatte, die Bedingungen des Vertrages zu erfüllen, so scheint mir das ein verheerendes Signal zu sein. Worauf soll man sich dann bei Vereinbarungen und Verträgen noch verlassen können?

Zurück zur unmittelbaren Vergangenheit vor dem russischen Angriff im Februar 2022. Ein Jahr vor Kriegsbeginn hat der ukrainische Präsident Selenskyj ein Dekret erlas-

sen, in dem die Rückeroberung der Krim quasi angeordnet wurde. Einige Zeit später begann man damit, ukrainische Streitkräfte im Osten und Süden des Landes zusammenzuziehen, was Russland natürlich nicht verborgen geblieben ist. Nach unterschiedlichen Quellen handelte es sich dabei um 60 000 bis 80 000 Soldaten. Parallel dazu fanden zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee diverse NATO-Manöver statt und die Zahl der Aufklärungsflüge der USA an der ukrainisch-russischen Grenze stieg signifikant.

Im November 2021 haben die USA und die Ukraine ein Abkommen über strategische Partnerschaft geschlossen, in dem sowohl die NATO-Perspektive der Ukraine als auch die Rückeroberung der Krim als Ziele genannt wurden.

Im Januar 2022, also einen Monat vor dem russischen Angriff, hat die NATO die Ukraine eingeladen, an der NATO-Agenda 2030 mitzuarbeiten, das heißt dem Strategiepapier der NATO. Und das, obwohl die Ukraine gar kein NATO-Mitglied ist.

Unmittelbar vor dem russischen Angriff sind hektische diplomatische Aktivitäten zu registrieren, zwischen Russland einerseits und europäischen Staaten und den USA andererseits, teilweise mit Ultimaten versehen. Die westliche Seite verkündet, von Anfang an belogen worden zu sein, die russische Seite stellt fest, dass es manche Punkte der russischen Agenda gar nicht erst auf die Tagesordnung geschafft haben. Jedenfalls schickt Russland Ende 2021 einen Vertragsentwurf für künftige Abkommen mit den USA und der NATO nach Washington mit der deutlichen Nachricht, russische Sicherheitsinteressen endlich zur Kenntnis zu nehmen. USA und NATO weisen das Papier brüsk zurück.

Auch wenn der Begriff »NATO-Osterweiterung« in westlichen politischen Kreisen eher eine Abwehrhaltung erzeugt als die Bereitschaft, sich auf russische Perspektiven einzulassen, ist es nötig, deren Kern beim Namen zu nennen. Das immer weitere Heranrücken von NATO-Infrastruktur inklusive Bewaffnung und Personal an die Grenzen Russlands stellt aus russischer Sicht nicht weniger als eine existenzielle Bedrohung dar. Genauso wie sich westliche Nachbarn Russlands ihrerseits in ihrer Existenz von Russland bedroht sehen. Die einen glauben den jeweils anderen kein Wort, wenn diese beteuern, nichts Böses im Schilde zu führen. Da geht es nicht um tatsächlich vorliegende Angriffspläne, sondern darum, von den Voraussetzungen her zu erfolgreichen Angriffen in der Lage zu sein. Es liegt auf der Hand, dass sich die Vereinigten Staaten von Amerika, die die NATO dominieren, aufgrund ihrer geografischen Lage in puncto Sicherheit von ihrem eigenen Blickwinkel verabschieden und zu einem Perspektivwechsel entschließen müssten, um russische Sicherheitsbedürfnisse überhaupt zu erkennen. Die USA haben westlich und östlich große Ozeane vor der Tür. Im Norden ist ihr direkter Nachbar Kanada selbst NATO-Mitglied, und im Süden liegt Mexiko, von dem mit Blick auf militärische Auseinandersetzungen nun wahrlich keine ernsthafte Gefahr ausgehen kann. Zudem: Russland hat nur elf Stützpunkte außerhalb des eigenen Landes, davon sind neun in unmittelbarer Nähe Russlands; die USA unterhalten knapp 800 Stützpunkte in etwa 70 Ländern dieser Welt. Und – aus russischer Sicht tragen die völkerrechtswidrigen Angriffe von USA und NATO, wie etwa auf Serbien 1999 und den Irak 2003, nicht dazu bei, in der NATO ein Verteidigungsbündnis zu sehen.

Für den künftigen Umgang mit Russland sind Antworten auf folgende Fragen entscheidend: Welche Rolle spielt das von Russland immer wieder angesprochene Sicherheitsbedürfnis? Ist Russlands Verhalten eine Reaktion auf westliche Politik (die unzweifelhaft diverse Provokationen enthalten hat, davon eine der substanziellsten durch den Krieg in Jugoslawien)? Oder ist Russlands Verhalten Ausdruck seines imperialen Anspruchs, dem mit allen Mitteln Einhalt geboten werden muss? Wenn es von Anfang an die Absicht Putins gewesen wäre, die Ukraine zu überfallen, dann stellt sich die Frage, warum er diesen Angriff nicht vor acht oder zehn Jahren gestartet hat. Die Chancen damals, schnell ein für Russland erfolgreiches Ergebnis zu erzielen, wären auf jeden Fall erheblich besser gewesen, da die Ukraine zu dem Zeitpunkt wesentlich verwundbarer war. Die Ausstattung mit westlichem Militärgerät in nennenswertem Umfang hatte da gerade erst begonnen.

Da von der Beantwortung dieser Fragen – Sicherheitsbedürfnis oder Imperialismus – so viel abhängt, muss darüber angstfrei debattiert werden dürfen. Die Lage ist extrem verfahren. Nicht zuletzt dadurch, dass es mittlerweile auch um solche Dinge geht, wie Gesichtsverlust und Stärke oder Schwäche zeigen. Das heißt, parteiübergreifend sind alle klugen Köpfe gefordert, sich gegenseitig zuzuhören, Argumente auszutauschen und alles nur Denkbare intelligent abzuwagen. Die einzig richtige und dann tatsächlich auch mögliche Lösung scheint es meines Erachtens nicht zu geben, sondern es geht jetzt tragischerweise nur noch darum, die am wenigsten schlechte zu finden und die dann auch umzusetzen.

Ohne allzu sehr ins Spekulieren zu geraten, spricht aus meiner Sicht einiges dafür, dass sich der Krieg durch ein